



Beschluss-Protokoll

der 17. und 18. Sitzung, Amtsjahr 2015-2016

Mittwoch, den 3. Juni 2015, um 09:00 Uhr und 15:00 Uhr

Vorsitz: *Elisabeth Ackermann, Grossratspräsidentin*

Protokoll: *Thomas Dähler, I. Ratssekretär
Regine Smit, II. Ratssekretärin*

Abwesende:

3. Juni 2015, 09:00 Uhr 17. Sitzung *Peter Bochsler (FDP), Martin Gschwind (fraktionslos), Oskar Herzig (SVP), Christian Meidinger (SVP), Gülsen Oeztürk (SP).*

3. Juni 2015, 15:00 Uhr 18. Sitzung *Peter Bochsler (FDP), Leonhard Burckhardt (SP), Oskar Herzig (SVP), Christian Meidinger (SVP), Felix Meier (CVP/EVP), Gülsen Oeztürk (SP).*

Verhandlungsgegenstände:

1.	Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung	1
2.	Entgegennahme der neuen Geschäfte	4
3.	Wahl eines Mitglieds der Regiokommission (Nachfolge Emmanuel Ullmann, GLP)	5
4.	Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Regiokommission (Nachfolge Emmanuel Ullmann, GLP)	5
5.	Bericht der Begnadigungskommission über die Ablehnung eines Begnadigungsgesuches (Nr. 1704)	6
6.	Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Ratschlag zu einer Totalrevision des Gerichtsorganisationsgesetzes (GOG) und zur damit zusammenhängenden Änderung der Kantonsverfassung sowie Bericht zu einer Motion	6
9.	Neue Interpellationen	16
7.	Bericht der Wirtschafts- und Abgabekommission zum Ratschlag Totalrevision des Gesetzes betreffend das Erbringen von Taxidienstleistungen (Taxigesetz) und Bericht zu einem Anzug sowie Bericht der Kommissionsminderheit	16
	Anhang A: Abstimmungsergebnisse	28
	Anhang B: Neue Geschäfte (Zuweisungen)	32

Beginn der 17. Sitzung

Mittwoch, 3. Juni 2015, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[03.06.15 09:01:05, MGT]

Mitteilungen

Elisabeth Ackermann, Grossratspräsidentin: ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst verschiedene Mitteilungen zu machen:

Neues Ratsmitglied

Ich habe die Freude, ein neues Mitglied in unserem Rat begrüssen zu dürfen, welches allerdings nicht ganz unbekannt ist.

David Wüest-Rudin (GLP) nimmt den Platz des zurückgetretenen Emmanuel Ullmann ein.

Ich bitte David Wüest-Rudin, sich kurz von seinem Sitz zu erheben, für diejenigen, die ihn noch nicht kennen [*Applaus*].

Ich wünsche dem neuen Mitglied für seine verantwortungsvolle Aufgabe alles Gute und heisse Herrn Wüest-Rudin hier herzlich willkommen.

Geburtstage

Alexander Gröflin konnte kürzlich einen runden Geburtstag feiern – auf den vielleicht einige von uns etwas neidisch sind....

Wir gratulieren Alexander, wünschen ihm alles Gute und bedanken uns für den Kaffee, den er uns heute Morgen spendiert [*Applaus*].

Dann feiert **David Jenny** heute einen halbrunden Schnapszahlgeburtstag, wie er uns mitgeteilt hat. Er spendiert uns den Kaffee heute Nachmittag (allerdings ohne Schnaps). Dafür danken wir ihm und gratulieren ihm ganz herzlich [*Applaus*].

Neue Interpellationen

Es sind zwei neue Interpellationen eingegangen.

Beide Interpellationen werden schriftlich beantwortet.

Vertraulichkeitsverletzungen

Mit grosser Sorge und steigendem Befremden beobachtet das Ratsbüro seit längerer Zeit, dass die Bestimmungen der Geschäftsordnung zur Vertraulichkeit der Kommissionssitzungen in zunehmendem Ausmass nicht mehr eingehalten werden.

Am 13. November 2014 erschienen zwei Artikel in der "Basler Zeitung" zur Strassen-Initiative des VCS. Darin wurden die Verhandlungen in der UVEK und die Teilung der Kommission in Minderheit und Mehrheit geschildert, sowie deren Positionen dargelegt.

Am 16. November 2014 erschien ein Artikel in der "Schweiz am Sonntag" zum Budget 2015. Darin wurden die laufenden Verhandlungen in der FKom sowie ein allfälliger Kompromiss zum Budget offengelegt.

Das Ratsbüro liess deshalb die Disziplinarkommission des Grossen Rates abklären, ob eine Verletzung der Vertraulichkeit gemäss § 60 der Geschäftsordnung des Grossen Rates vorliegt.

Die Disziplinarkommission hat nun festgestellt, dass in beiden Fällen offenbar Kommissionsmitglieder Journalisten gewisse vertrauliche Sachverhalte geschildert oder bestätigt hatten.

Eine Verletzung der Vertraulichkeit liegt damit vor, zumal nach der Praxis der Disziplinarkommission auch die Bestätigung vertraulicher Tatsachen auf Nachfrage einer Journalistin oder eines Journalisten als Verstoss

gegen § 60 der Geschäftsordnung gilt.

Das Ratsbüro ist über die Zunahme von Verletzungen der Vertraulichkeit von Kommissionsmitgliedern beunruhigt.

Obwohl es sich um Einzelfälle handelt und sich der allergrösste Teil des Rates an die Vertraulichkeit hält, möchte ich auch im Auftrag des Büros und der Disziplinarkommission an dieser Stelle nochmals die Wichtigkeit der Vertraulichkeit betonen.

Dass die Verhandlungen der Kommissionen nicht öffentlich sind und die Kommissionsberatungen wie auch die Dokumente dazu der Vertraulichkeit unterliegen, ist in der Geschäftsordnung festgeschrieben.

Der Sinn dieser Gesetzesbestimmung ist die Stärkung des Parlamentes – sowohl für den Bereich der Gesetzgebung, als auch für den Bereich der Aufsicht über die Verwaltung und die Justiz.

In den Kommissionen soll frei diskutiert und verhandelt werden können.

So können mehrheitstaugliche Lösungen und Kompromisse gefunden werden.

Die Einhaltung der Kommissionsvertraulichkeit gilt sowohl für die an der Sitzung teilnehmenden Mitglieder des Grossen Rates, wie auch für die Vertreter der Verwaltung.

Sie können die Ansicht vertreten, die Kommissionsvertraulichkeit sei nicht mehr zeitgemäss und die Kommissionen des Grossen Rates sollten öffentlich beraten.

Dann sollten Sie aber eine Änderung des Gesetzes anstreben.

Das würde die Diskussionskultur in den Kommissionen verändern.

Wenn es aber so geregelt wäre, könnten oder besser gesagt müssten sich alle daran anpassen.

Solange die entsprechenden Gesetze aber nicht geändert werden, müssen sich alle Beteiligten daran halten, weil sich auch die anderen darauf verlassen.

Eine Kommission kann über die Vertraulichkeitsbestimmungen hinaus für einzelne Geschäfte eine zeitlich befristete Geheimhaltung beschliessen.

Diese Regelung findet sich in § 61 der Geschäftsordnung.

Bei einer Verletzung einer solchen speziell beschlossenen Geheimhaltung läge eine Verletzung des Amtsgeheimnisses im Sinne von Art. 320 des Strafgesetzbuches vor.

Eine Amtsgeheimnisverletzung ist ein Officialdelikt, das mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren oder einer Geldstrafe geahndet wird.

Wie Sie wissen, ist bei einer Geheimhaltung selbst die Information der Fraktionen nicht mehr möglich.

Dies erschwert die Findung von mehrheitsfähigen Lösungen ganz enorm.

Um zu vermeiden, dass Kommissionen vermehrt die doch recht einschneidende Geheimhaltung beschliessen müssen, ist es wichtig, dass die als Regelfall geltende Vertraulichkeit der Kommissionsberatungen ernst genommen wird.

Dies gilt ganz besonders im Umgang mit den Medien.

Der Schaden, der durch die Verletzung der Kommissionsvertraulichkeit angerichtet wird, ist nicht nur ein Image-Schaden für das Parlament.

Es wird damit auch die konstruktive Zusammenarbeit innerhalb des Parlamentes und das bewährte Zusammenwirken mit der Regierung und der Verwaltung stark beeinträchtigt.

Für unsere Arbeit – sei es in der Gesetzgebung oder bei der Oberaufsicht – brauchen wir den offenen Austausch von Informationen in den Kommissionen.

Dazu ist gegenseitiges Vertrauen eine Grundvoraussetzung.

Umso mehr rufe ich Sie auf, zur Kommissionsvertraulichkeit Sorge zu tragen und mit den Ihnen anvertrauten Informationen so umzugehen, dass das Parlament in seiner Funktion und Arbeit nicht beeinträchtigt wird.

Tagesordnung

Antrag auf Dringliche Behandlung

Die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission beantragt, den Bericht zur Totalrevision des Gerichtsorganisationsgesetzes (14.0147.02) heute mit Dringlichkeit zu behandeln.

Die Frist von drei Wochen gemäss § 20 AB wurde nicht eingehalten. Für die Dringliche Behandlung ist die Zustimmung des Rates mit Zweidrittelmehr erforderlich.

Urs Müller-Walz (GB): beantragt, das Geschäft nicht mit Dringlichkeit zu behandeln und von der Tagesordnung abzusetzen.

Voten: *Tanja Soland, Präsidentin der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission*

Abstimmung

Antrag JSSK auf Dringliche Behandlung Traktandum 6, Totalrevision GOG (Zweidrittelmehr)

JA heisst dringliche Behandlung, NEIN heisst keine dringliche Behandlung

Ergebnis der Abstimmung

75 Ja, 9 Nein, 6 Enthaltungen. [Abstimmung # 994, 03.06.15 09:14:58]

Der Grosse Rat beschliesst

das Traktandum 6, den Bericht der JSSK zum Ratschlag zur Totalrevision des Gerichtsorganisationsgesetzes heute **dringlich zu behandeln**.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die bereinigte Tagesordnung zu genehmigen**.

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[03.06.15 09:15:30, ENG]

Zuweisungen

Der Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragt, das Geschäft Nr. 10 im Geschäftsverzeichnis, **den Bericht 15.0641.01** über den Stand der Bemühungen zur Verminderung der Fluglärmbelastung im Jahre 2014, nicht summarisch zur Kenntnis zu nehmen, sondern wie in den letzten Jahren der **UVEK zur Behandlung zuzuweisen**. Es handelt sich um ein Partnerschaftliches Geschäft, welches in BL ebenfalls von einer Kommission beraten wird.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **den Bericht 15.0641.01 der UVEK zur Behandlung zuzuweisen**.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die weiteren Zuweisungen** gemäss Verzeichnis der neuen Geschäfte (Anhang B zu diesem Protokoll) **zu genehmigen**.

Kenntnisnahmen

Der Grosse Rat nimmt Kenntnis

von den im Geschäftsverzeichnis zur Kenntnisnahme beantragten Geschäften gemäss Anhang B zu diesem Protokoll.

3. Wahl eines Mitglieds der Regiokommission (Nachfolge Emmanuel Ullmann, GLP)

[03.06.15 09:16:36, WA1]

Elisabeth Ackermann, Grossratspräsidentin: Ich beantrage Ihnen, die Wahlen in den Traktanden 3 und 4 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind, also nicht mehr Kandidaturen vorliegen, als Sitze zu vergeben sind. Selbstverständlich werden die Abstimmungen dann aber einzeln durchgeführt.

Für offene Wahlen braucht es die Zustimmung eines Zweidrittelmehr, also doppelt so viele JA-Stimmen wie NEIN-Stimmen.

Abstimmung

Durchführung offener Wahlen in den Traktanden 3 und 4 (Zweidrittelmehr)

JA heisst offene Wahl, NEIN heisst geheime Wahl.

Ergebnis der Abstimmung

82 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 995, 03.06.15 09:17:40]

Der Grosse Rat beschliesst

die Wahlen in den Traktanden 3 und 4 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind.

Die Fraktion GLP nominiert David Wüest-Rudin (GLP) als Mitglied der Regiokommission.

Gemäss § 14 der Geschäftsordnung bleibt die Fraktionszusammensetzung der Kommissionen während der gesamten Amtsdauer unverändert. Es sind deshalb [bei den folgenden Wahlen in Grossratskommissionen] nur Wahlvorschläge zulässig, welche auf Mitglieder der Fraktion GLP lauten.

Schlussabstimmung

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

86 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 996, 03.06.15 09:18:59]

Der Grosse Rat wählt

David Wüest-Rudin als Mitglied der Regiokommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

4. **Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Regiokommission (Nachfolge Emmanuel Ullmann, GLP)**

[03.06.15 09:19:25, WAH]

Die Fraktion GLP nominiert David Wüest-Rudin (GLP) als Mitglied der Regiokommission.
Wählbar sind Mitglieder der Regiokommission.

Abstimmung

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

85 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 997, 03.06.15 09:20:24]

Der Grosse Rat wählt

David Wüest-Rudin als Präsidenten der Regiokommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.
Dieser Beschluss ist zu publizieren.

5. **Bericht der Begnadigungskommission über die Ablehnung eines Begnadigungsgesuches (Nr. 1704)**

[03.06.15 09:20:48, BegnKo, BEG]

Die Begnadigungskommission beantragt, das Gesuch Nr. 1704 abzuweisen.

Gemäss § 6 Abs. 2 des Begnadigungsgesetzes ist für Beschlüsse über Begnadigungen die Teilnahme von 60 Mitgliedern des Grossen Rates an der Abstimmung notwendig.

Voten: *Andrea Bollinger, Präsidentin der Begnadigungskommission; Eric Weber (fraktionslos); Andrea Bollinger, Präsidentin der Begnadigungskommission*

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Schreiben **ein**.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

74 Ja, 1 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 998, 03.06.15 09:42:13]

Der Grosse Rat beschliesst

dem Antrag der Begnadigungskommission zuzustimmen und das Gesuch Nr. 1704 abzuweisen.

6. Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Ratschlag zu einer Totalrevision des Gerichtsorganisationsgesetzes (GOG) und zur damit zusammenhängenden Änderung der Kantonsverfassung sowie Bericht zu einer Motion

[03.06.15 09:42:29, JSSK, JSD, 14.0147.02 10.5152.05, BER]

Die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission beantragt, auf den Bericht 14.0147.02 einzutreten und den vorgelegten Beschlussentwürfen zuzustimmen.

Voten: *Tanja Soland, Präsidentin der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission; RR Baschi Dürr, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD)*

Fraktionsvoten

Voten: *Toni Casagrande (SVP); David Jenny (FDP); Katja Christ (GLP); André Auderset (LDP); Ursula Metzger (SP); Nora Bertschi (GB); Pasqualine Gallacchi (CVP/EVP)*

Einzelvoten

Voten: *Helmut Hersberger (FDP)*

Schlussvoten

Voten: *RR Baschi Dürr, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD); Tanja Soland, Präsidentin der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission*

Zwischenfrage

Voten: *Helmut Hersberger (FDP); Tanja Soland, Präsidentin der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Detailberatung

Grossratsbeschluss I, Verfassung

Die JSSK hat einen neuen Grossratsbeschluss I aufgelegt. Er ersetzt den Grossratsbeschluss auf Seite 26 des Berichts der JSSK.

Titel und Ingress

I. Verfassungsänderung

§ 44. Abs. 1

§ 46. Abs. 3

§ 71. Abs. 1

Antrag

Die Fraktion Grünes Bündnis beantragt eine neue Fassung von § 71 Abs. 1 KV:

Die Mitglieder des Grossen Rates und des Regierungsrates, der Staatsschreiber oder die Staatschreiberin, der Beauftragte oder die Beauftragte für das Beschwerdewesen, die Richter und Richterinnen aller richterlichen Behörden **und die als Schlichtungsbehörde eingesetzten Gerichtsschreiber und Gerichtsschreiberinnen** und die Vorsitzenden ~~und die Mitglieder~~ aller Schlichtungsbehörden, die Gerichtsschreiber und Gerichtsschreiberinnen des Appellationsgerichtes sowie die Staatsanwälte und Staatsanwältinnen können nur einer dieser Behörden angehören.

Die Kommission beantragt folgende Fassung:

Die Mitglieder des Grossen Rates und des Regierungsrates, der Staatsschreiber oder die Staatschreiberin, der Beauftragte oder die Beauftragte für das Beschwerdewesen, die Richter und Richterinnen aller richterlichen Behörden, die Vorsitzenden und die Mitglieder aller Schlichtungsbehörden, die Gerichtsschreiber und Gerichtsschreiberinnen des Appellationsgerichtes sowie die Staatsanwälte und Staatsanwältinnen können nur einer dieser Behörden angehören

Voten: *Sibel Arslan (GB); Tanja Soland, Präsidentin der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission*

Fraktionsvoten

Voten: *David Jenny (FDP); Ursula Metzger (SP); Patrizia Bernasconi (GB); René Brigger (SP); Urs Müller-Walz (GB); Brigitta Gerber (GB)*

Abstimmung

Antrag Fraktion GB zu § 71 Abs. 1 KV

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Fraktion GB, NEIN heisst Ablehnung des Antrags

Ergebnis der Abstimmung

12 Ja, 73 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 999, 03.06.15 11:18:27]

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag der Fraktion GB **abzulehnen**.

Detailberatung

§ 71. Abs. 2

§ 89. Abs. 1

§ 99. Abs. 1

§ 115. Abs. 1

§ 117. Abs. 4

Antrag

Die JSSK beantragt in Ergänzung zum Grossratsbeschluss im JSSK-Bericht einen zusätzlichen § 150 in die Kantonsverfassung aufzunehmen:

§ 150. Änderung der Kantonsverfassung vom 3. Juni 2015

¹ Die laufende Amtsdauer der nach bisherigem Recht gewählten Gerichtspräsidentinnen und Gerichtspräsidenten, der Statthalterinnen und Statthalter sowie Richterinnen und Richter wird bis zum Beginn der Amtsdauer der nach neuem Recht zu wählenden Gerichtspräsidentinnen und Gerichtspräsidenten sowie Richterinnen und Richter verlängert.

² Die laufende Amtsdauer der nach bisherigem Recht gewählten Ersatzrichterinnen und Ersatzrichter des Sozialversicherungsgerichts wird bis zum Beginn der Amtsdauer der nach neuem Recht zu wählenden Richterinnen und Richter des Sozialversicherungsgerichts verlängert.

Voten: *Tanja Soland, Präsidentin der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission; RR Baschi Dürr, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, dem Antrag der JSSK **zuzustimmen**.

§ 150 KV lautet wie folgt:

§ 150. Änderung der Kantonsverfassung vom 3. Juni 2015

¹ Die laufende Amtsdauer der nach bisherigem Recht gewählten Gerichtspräsidentinnen und Gerichtspräsidenten, der Statthalterinnen und Statthalter sowie Richterinnen und Richter wird bis zum Beginn der Amtsdauer der nach neuem Recht zu wählenden Gerichtspräsidentinnen und Gerichtspräsidenten sowie Richterinnen und Richter verlängert.

² Die laufende Amtsdauer der nach bisherigem Recht gewählten Ersatzrichterinnen und Ersatzrichter des Sozialversicherungsgerichts wird bis zum Beginn der Amtsdauer der nach neuem Recht zu wählenden Richterinnen und Richter des Sozialversicherungsgerichts verlängert.

Detailberatung

II. Publikation, Referendum, Gewährleistung des Bundes, Wirksamkeit.

Elisabeth Ackermann, Grossratspräsidentin: Wir führen die Schlussabstimmung über den Grossratsbeschluss I betreffend KV erst nach der Detailberatung des GOG durch. Für allfällige Anträge zum GOG, die sich auch auf die Verfassung auswirken würden, könnte man auf diese Weise ein Rückkommen auf die bereits beratenen Verfassungsbestimmungen beschliessen. Auch eine allfällige Zweite Lesung wäre dann noch möglich.

Detailberatung

Grossratsbeschluss II, Gerichtsorganisationsgesetz

Titel und Ingres

1. Allgemeine Bestimmungen

1.1. Zweck und Geltungsbereich, § 1.

1.2. Gerichtskreis, § 2.

1.3. Amts- und Verfahrenssprache, § 3.

1.4. Publikationen, § 4.

1.5. Gerichtsbehörden

1.5.1. Gerichte, § 5.

1.5.2. Schlichtungsbehörden, § 6.

1.5.3. Justizverwaltung

1.5.3.1. Im Allgemeinen, § 7.

- 1.5.3.2. Zusammensetzung des Gerichtsrats, § 8.
- 1.5.3.3. Aufgaben des Gerichtsrats, § 9.
- 1.5.3.4. Aufgaben der Gerichte, § 10.
- 1.5.3.5. Infrastruktur, § 11.
- 1.5.4. Wählbarkeitsvoraussetzungen für Gerichtspräsidien und Stawa, § 12.
- 1.5.5. Wählbarkeitsvoraussetzungen für Richterinnen und Richter
 - 1.5.5.1. Im Allgemeinen, § 13.
 - 1.5.5.2. Arbeitsgericht, § 14.
 - 1.5.5.3. Jugendgericht, § 15.
 - 1.5.5.4. Sozialversicherungsgericht, § 16.
 - 1.5.5.5. Gericht für fürsorgliche Unterbringungen, § 17.
 - 1.5.5.6. Appellationsgericht, § 18.
- 1.5.6. Ausscheiden von Gesetzes wegen, § 19.
- 1.5.7. Wahlen
 - 1.5.7.1. Wahlgremien, Amtsdauer, § 20 - 22.
 - 1.5.7.2. Arbeitsgericht, § 23 - 26.
 - 1.5.7.3. Jugendgericht, § 27.
 - 1.5.7.4. Gericht für fürsorgliche Unterbringungen, § 28.
 - 1.5.7.5. Zuwahlen, Ernennung von a.o. Stawa, § 29.
 - 1.5.7.6. Ersatzwahlen, § 30 und § 31.
- 1.5.8. Spruchkörper, § 32.
- 1.5.9. Entscheidungsfähigkeit, § 33.
- 1.5.10. Gerichtsgremien
 - 1.5.10.1. Gesamtgericht, § 34.
 - 1.5.10.2. Präsidienkonferenz, § 35.
 - 1.5.10.3. Vorsitzende Präsidentin, Vorsitzender Präsident, § 36.
- 1.5.11. Pensen
 - 1.5.11.1. Teilzeitpräsidien und Teilzeitpensen, § 37.
 - 1.5.11.2. Übernahme von Pensen, § 38.
 - 1.5.11.3. Übertragung von Präsidienfunktionen, § 39.
- 1.5.12. Funktionelle Zuständigkeiten
 - 1.5.12.1. Im Allgemeinen, § 40.
 - 1.5.12.2. Vorsorgliche Massnahmen, § 41.
 - 1.5.12.3. Prozessleitende Verfügungen, § 42.
 - 1.5.12.4. Unentgeltliche Rechtspflege, unentgeltliche Mediation, § 43.
 - 1.5.12.5. Säumnisfolgen, Wiederherstellung, § 44.
 - 1.5.12.6. Abschreibung des Verfahrens, § 45.
- 1.5.13. Gerichtsschreiberinnen, Gerichtsschreiber
 - 1.5.13.1. Anstellungsvoraussetzungen, § 46.
 - 1.5.13.2. Aufgaben, § 47.
- 1.5.14. Gerichtskanzleien, Gerichtsweibel usw.
 - 1.5.14.1. Gerichtskanzleien, Gerichtsweibel, § 48.
 - 1.5.14.2. Betreibungs- und Konkursamt, Erbschaftsamt, § 49.
 - 1.5.14.3. Verwaltungschef, § 50.
 - 1.5.14.4. Gerichtlich bewilligte Räumung von Wohnräumen, § 51.
- 1.6. Gerichtssitzungen, Verhandlungen
 - 1.6.1. Im Allgemeinen, § 52.
 - 1.6.2. Öffentlichkeit des Verfahrens, § 53.
 - 1.6.3. Verfahrensdisziplin, Gerichtspolizei, § 54.
 - 1.6.4. Gerichtsberichterstattung, Orientierung der Öffentlichkeit, § 55.
- 1.7. Ausstand, § 56.
- 1.8. Amtspflichten, Handgelübde, Offenlegung von Interessenbindungen
 - 1.8.1. Amtspflichten, § 57.

Antrag

Die Fraktion SP beantragt § 57 Abs. 4 GOG mit einem zweiten Satz zu ergänzen:

§ [...] Richterinnen und Richter des Appellationsgerichts können zudem nicht als Parteivertretung in Gerichtsverfahren auftreten, in denen das Appellationsgericht als Rechtsmittelinstanz zuständig ist.

Voten: *Ursula Metzger (SP); Tanja Soland, Präsidentin der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission; RR Baschi Dürr, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD)*

Zwischenfragen

Voten: *Patrizia Bernasconi (GB); RR Baschi Dürr, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD); Sibylle Benz (SP); RR Baschi Dürr, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD)*

Voten: *David Jenny (FDP)*

Zwischenfragen

Voten: *Brigitta Gerber (GB); David Jenny (FDP); René Brigger (SP); David Jenny (FDP)*

Voten: *René Brigger (SP)*

Zwischenfrage

Voten: *David Jenny (FDP); René Brigger (SP)*

Voten: *Sibel Arslan (GB)*

Zwischenfrage

Voten: *David Jenny (FDP); Sibel Arslan (GB)*

Voten: *Christian von Wartburg (SP)*

Zwischenfrage

Voten: *Bruno Jagher (SVP); Christian von Wartburg (SP)*

Schlussvoten

Voten: *RR Baschi Dürr, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD)*

Abstimmung

Antrag Fraktion SP zu § 57 Abs. 4 GOG (zweiter Satz)

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Fraktion SP, NEIN heisst Ablehnung des Antrags

Ergebnis der Abstimmung

43 Ja, 41 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 1000, 03.06.15 11:47:29]

Der Grosse Rat beschliesst

dem Antrag der Fraktion SP **zuzustimmen**.

§ 57 Abs. 4 lautet wie folgt:

Richterinnen und Richter, die übrigen Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber können im Kanton Basel-Stadt ausser als gesetzliche Vertretung nicht als Parteivertretung vor dem Gericht, an dem sie tätig sind, auftreten. Richterinnen und Richter des Appellationsgerichts können zudem nicht als Parteivertretung in Gerichtsverfahren auftreten, in denen das Appellationsgericht als Rechtsmittelinstanz zuständig ist.

Detailberatung

1.8.2. Handgelübde, § 58. und 59.

1.8.3. Offenlegung von Interessenbindungen, § 60.

1.9. Löhne, Entschädigungen und Personalrecht, § 61. - 63.

1.10. Beendigung des Amtes

1.10.1. Vorzeitige Beendigung des Amtes auf eigenes Begehren, § 64.

1.10.2. Amtsenthebung, § 65.

1.11. Unentgeltliche Rechtspflege, unentgeltliche Mediation

1.11.1. Unentgeltliche Rechtspflege, § 66.

1.11.2. Unentgeltliche Mediation, § 67.

1.12. Aufsichtsrechtliche Anzeige, § 68.

2. Zivilgericht

2.1. Bestand, § 69.

2.2. Zuständigkeit, § 70.

2.3. Besetzung des Spruchkörpers, § 71.

Antrag

Die Fraktion SP beantragt in § 71 die Streitwertgrenze von Fr. 30'000 auf Fr. 10'000 zu senken.

Der Antrag betrifft § 71 Abs. 1, Ziff 1, lit. a; Abs. 1 Ziff. 2, lit. a sowie Abs. 2, Ziff 1, lit. d.

Voten: *Ursula Metzger (SP); Tanja Soland, Präsidentin der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission; RR Baschi Dürr, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD); David Jenny (FDP)*

Abstimmung

Antrag der Fraktion SP zu § 71 GOG

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Fraktion SP, NEIN heisst Ablehnung des Antrags

Ergebnis der Abstimmung

39 Ja, 44 Nein. [*Abstimmung # 1001, 03.06.15 11:56:28*]

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag der Fraktion SP **abzulehnen**.

Detailberatung

2.4. Arbeitsgericht

2.4.1. Bestand, § 72.

2.4.2. Zuständigkeit, § 73.

2.4.3. Besetzung des Spruchkörpers, § 74.

3. Strafgericht, Jugendgericht

3.1. Bestand

3.1.1. Strafgericht, § 75.

3.1.2. Jugendgericht, § 76.

3.2. Zuständigkeit, § 77.

3.3. Anordnung von Zwangsmassnahmen, § 78.

3.4. Besetzung des Spruchkörpers

3.4.1. Im Allgemeinen, § 79.

3.4.2. Jugendstrafsachen, § 80.

4. Sozialversicherungsgericht

4.1. Bestand, § 81.

4.2. Zuständigkeit, § 82.

4.3. Besetzung des Spruchkörpers, § 83.

5. Gericht für fürsorgliche Unterbringungen

5.1. Bestand, § 84.

5.2. Zuständigkeit, § 85.

5.3. Besetzung des Spruchkörpers, § 86.

Elisabeth Ackermann, Grossratspräsidentin: Bei § 86 ist noch eine redaktionelle Korrektur anzubringen: der Verweis auf § 16bis ist falsch. Es muss dort heissen: **§ 17**

Detailberatung

6. Appellationsgericht

- 6.1. Bestand, § 87.
- 6.2. Zuständigkeit, § 88.
- 6.3. Organisatorische Gliederung, § 89.
- 6.4. Besondere Aufgaben, § 90.
- 6.5. Besetzung des Spruchkörpers
 - 6.5.1. Kammern, § 91.
 - 6.5.2. Dreiergericht, § 92.
 - 6.5.3. Einzelgericht, § 93.

7. Staatsanwaltschaft

- 7.1. Aufgaben und Zuständigkeit, § 94.
- 7.2. Leitung und Verantwortung, § 95.
- 7.3. Aufsicht, § 96.
- 7.4. Aufsichtskommission Staatsanwaltschaft
 - 7.4.1. Zusammensetzung, § 97.
 - 7.4.2. Aufgaben und Befugnisse, § 98.

8. Übergangsbestimmungen, § 99. und 100.

II. Änderung anderer Erlasse

- 1. Wahlgesetz
- 2. EG Gleichstellungsgesetz
- 3. GO des Grossen Rates
- 4. Informations- und Datenschutzgesetz
- 5. Sozialversicherungsgerichtsgesetz
- 6. Gesetz über die Gerichtsgebühren
- 7. Personalgesetz
- 8. Lohngesetz
- 9. EG Zivilgesetzbuch
- 10. Kindes- und Erwachsenenschutzgesetz
- 11. Schlichtungsstellengesetz
- 12. EG Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz
- 13. Übertretungsstrafgesetz
- 14. EG Strafprozessordnung
- 15. EG Jugendstrafprozessordnung
- 16. Strafvollzugsgesetz
- 17. VRPG
- 18. Advokaturgesetz
- 19. Notariatsgesetz
- 20. Alkohol- und Drogengesetz
- 21. Psychiatriegesetz
- 22. Kantonales Gesetz über die Berufsbildung
- 23. Finanzhaushaltsgesetz
- 24. Finanz- und Verwaltungskontrollgesetz
- 25. Steuergesetz
- 26. EG Nutzbarmachung der Wasserkräfte
- 27. Baurekurskommissionsgesetz
- 28. Ruhetage- und Ladenöffnungsgesetz
- 29. Gesetz betreffend Einigungsamt
- 30. Gesetz über die Rheinschiffahrtsgerichte

III. Aufhebung anderer Erlasse

1. GOG vom 27. Juni 1895
2. Gesetz betreffend Vollziehung des Bundesgesetzes über das Urheberrecht an Werken der Literatur und Kunst vom 28. Juni 1923
3. Gesetz betreffend Änderung des Gerichtsorganisationsgesetzes und des Vollziehungsgesetzes zum Urheberrechtsgesetz sowie betreffend Vollziehung des Bundesgesetzes über den unlauteren Wettbewerb vom 17. Mai 1945
4. Gesetz betreffend Vollziehung des Bundesgesetzes über Kartelle und ähnliche Organisationen vom 14. Mai 1964
5. EG ZPO vom 13. Oktober 2010

IV. Schlussbestimmung

Publikations- und Referendums Klausel, Wirksamkeit.

Schlussabstimmung

Grossratsbeschluss I, Verfassung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

79 Ja, 0 Nein, 5 Enthaltungen. [Abstimmung # 1002, 03.06.15 12:03:01]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Änderung der Kantonsverfassung wird zugestimmt.

Diese Änderung ist zu publizieren. Sie unterliegt dem obligatorischen Referendum und ist den Stimmberechtigten zur Abstimmung zu unterbreiten. Sie unterliegt im Fall der Annahme durch die Stimmberechtigten zudem der Gewährleistung des Bundes.

Nach Eintritt der Rechtskraft bestimmt der Regierungsrat den Zeitpunkt der Wirksamkeit.

Die Änderung der Kantonsverfassung ist im Kantonsblatt Nr. 41 vom 6. Juni 2015 publiziert.
--

Schlussabstimmung

Grossratsbeschluss II, Gerichtsorganisationsgesetz

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

81 Ja, 0 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 1003, 03.06.15 12:04:03]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Dem Beschlussentwurf betreffend Gerichtsorganisationsgesetz und weiterer Erlasse wird zugestimmt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum. Der Regierungsrat legt nach Eintritt der Rechtskraft den Zeitpunkt der Wirksamkeit fest.

Der vollständige Beschluss zum Gerichtsorganisationsgesetz und weiterer Erlasse ist im Kantonsblatt Nr. 41 vom 6. Juni 2015 publiziert.

Die Kommission beantragt, die Motion Anita Heer und Konsorten betreffend Wahl und Organisation der Richterinnen und Richter (10.5152) als erledigt abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion **abzuschreiben**.

Die Motion 10.5152 ist **erledigt**.

Schluss der 17. Sitzung

12:04 Uhr

Beginn der 18. Sitzung

Mittwoch, 3. Juni 2015, 15:00 Uhr

9. Neue Interpellationen

[03.06.15 15:01:05]

Interpellation Nr. 59 Mustafa Atici betreffend Werkplatz Basel in Gefahr: Auswirkungen des starken Frankens für die Region - Massnahmen der Regierung?

[03.06.15 15:01:05, WSU, 15.5275.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 60 Eric Weber betreffend Kinderspielplätze in Basel

[03.06.15 15:01:33, BVD, 15.5276.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Voten: *Eric Weber (fraktionslos)*

7. Bericht der Wirtschafts- und Abgabekommission zum Ratschlag Totalrevision des Gesetzes betreffend das Erbringen von Taxidienstleistungen (Taxigesetz) und Bericht zu einem Anzug sowie Bericht der Kommissionsminderheit

[03.06.15 15:06:28, WAK, JSD, 12.0218.03 09.5010.05, BER]

Die Wirtschafts- und Abgabekommission beantragt, auf den Bericht 12.0218.03 einzutreten.

Die **Mehrheit** und die **Minderheit** der WAK haben je einen Grossratsbeschluss vorgelegt, welche in fünf Punkten voneinander abweichen.

Elisabeth Ackermann, Grossratspräsidentin: Nach der Eintretensdebatte und dem Eintreten werden wir den Grossratsbeschluss der Mehrheit beraten und die davon abweichenden Anträge der Minderheit als Änderungsanträge behandeln. Das wurde mit den Referenten der Mehrheit und der Minderheit so abgesprochen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, gemäss dem Vorschlag der Präsidentin vorzugehen.

Eintretensdebatte

Voten: *Christophe Haller, Referent der Mehrheit der WAK; Toya Kruppenacher, Referentin der Minderheit der WAK*

Zwischenfragen

Voten: *Remo Gallacchi (CVP/EVP); Toya Kruppenacher, Referentin der Minderheit der WAK; Roland Vögtli (FDP); Toya Kruppenacher, Referentin der Minderheit der WAK*

Voten: *RR Baschi Dürr, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD)*

Fraktionsvoten

Voten: *Thomas Strahm (LDP); Stephan Mumenthaler (FDP)*

Zwischenfrage

Voten: *Heidi Mück (GB); Stephan Mumenthaler (FDP)*

Voten: *Dieter Werthemann (GLP); Patrizia Bernasconi (GB); Salome Hofer (SP); Andrea Knellwolf (CVP/EVP)*

Zwischenfragen

Voten: *Jürg Meyer (SP); Andrea Knellwolf (CVP/EVP); Heidi Mück (GB); Andrea Knellwolf (CVP/EVP)*

Voten: *Michel Rusterholtz (SVP)*

Einzelvoten

Voten: *Talha Ugur Camlibel (GB); Toni Casagrande (SVP); Alexander Gröflin (SVP); Joël Thüring (SVP)*

Zwischenfrage

Voten: *Jürg Meyer (SP); Joël Thüring (SVP)*

Schlussvoten

Voten: *RR Baschi Dürr, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD); Toya Kruppenacher, Referentin der Minderheit der WAK*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1. Grundsatz

§ 2. Taxibegriff

II. Öffentliche Standplätze

§ 3. Zuständigkeiten und Nutzung

III. Bewilligungen

§ 4. Bewilligungspflicht

§ 5. Entzug

§ 6. Taxibetriebsbewilligung

Abs. 1 - 5

Abs. 5, lit. a - e

Abs. 5, lit. f

Antrag

die WAK-Minderheit beantragt eine Ergänzung zu § 6 Abs. 5 lit. f;

f) Gewähr für die Einhaltung der geltenden Arbeitsschutzbestimmungen **sowie Arbeitsbedingungen, namentlich orts- und branchenübliche Löhne** bieten.

Die Kommission beantragt:

f) Gewähr für die Einhaltung der geltenden Arbeitsschutzbestimmungen bieten.

Voten: *Toya Kruppenacher, Referentin der Minderheit der WAK; Christophe Haller, Referent der Mehrheit der WAK; RR Baschi Dürr, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD)*

Fraktionsvoten

Voten: *Dieter Werthemann (GLP); David Jenny (FDP)*

Schlussvoten

Voten: *Toya Kruppenacher, Referentin der Minderheit der WAK*

Zwischenfrage

Voten: *RR Baschi Dürr, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD); Toya Krummenacher, Referentin der Minderheit der WAK*

Abstimmung

Antrag der WAK-Minderheit, Ergänzung zu § 6 Abs. 5 lit. f

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag der WAK-Minderheit; NEIN heisst Zustimmung zur Fassung der WAK-Mehrheit

Ergebnis der Abstimmung

42 Ja, 44 Nein, 1 Enthaltung. [*Abstimmung # 1004, 03.06.15 16:56:24*]

Der Grosse Rat beschliesst

dem Antrag der **WAK-Mehrheit** zu folgen.

Detailberatung

§ 6, Abs. 6

Antrag

die WAK-Minderheit beantragt nach Abs. 6 einen neuen Abs. einzufügen

⁷ Der Regierungsrat veranlasst mindestens alle vier Jahre eine Erhebung über die Entschädigungen und die Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen. Er macht die Ergebnisse transparent. Ergibt die Erhebung, dass das Erreichen eines angemessenen Entgelts auf Umsatzbeteiligungsbasis in gewissen Fällen dauerhaft nicht erreicht wird, wirkt er darauf hin, dass die Beschäftigten durch einen Normalarbeitsvertrag geschützt werden können.

Voten: *Toya Krummenacher, Referentin der Minderheit der WAK; Christophe Haller, Referent der Mehrheit der WAK; RR Baschi Dürr, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD)*

Abstimmung

Antrag der WAK-Minderheit, nach Abs. 6 einen neuen Abs. einzufügen

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag der WAK-Minderheit; NEIN heisst Zustimmung zur Fassung der WAK-Mehrheit

Ergebnis der Abstimmung

43 Ja, 44 Nein, 1 Enthaltung. [*Abstimmung # 1005, 03.06.15 16:59:08*]

Der Grosse Rat beschliesst

dem Antrag der **WAK-Mehrheit** zu folgen.

Detailberatung

§ 6, Abs. 7 der Mehrheit

Antrag

die **WAK-Minderheit beantragt**, nach § 6 einen neuen § 7 einzufügen:

§ 7. Limitierung

¹ Der Regierungsrat legt die Anzahl der Taxibetriebsbewilligungen periodisch im Abstand von maximal fünf Jahren fest. Dabei berücksichtigt er insbesondere folgende Kriterien:

- a) Anzahl der zur Verfügung stehenden öffentlichen Taxistandplätze;
- b) Bedürfnisse des Publikums;
- c) Bedürfnisse des Kantons sowie
- d) verkehrspolizeiliche Aspekte

² Wenn mehr Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller die Voraussetzungen zum Erhalt einer Taxibetriebsbewilligung erfüllen als Taxibetriebsbewilligungen erteilt werden können, werden diese insbesondere nach den folgenden Kriterien verteilt:

- a) Gewährleistung eines vorschriftsgemässen und kundenfreundlichen Betriebes;
- b) Vermeidung einer Monopolstellung eines Taxibetriebes.

Elisabeth Ackermann, Grossratspräsidentin: die Nummerierung der §§ in der Detailberatung folgt dem Mehrheitsantrag, bei allfälligen neuen §§ wird der Beschluss später redaktionell bereinigt.

Voten: *Toya Kruppenacher, Referentin der Minderheit der WAK*

Zwischenfrage

Voten: *André Auderset (LDP); Toya Kruppenacher, Referentin der Minderheit der WAK*

Voten: *Christophe Haller, Referent der Mehrheit der WAK; Patrizia Bernasconi (GB)*

Zwischenfrage

Voten: *Remo Gallacchi (CVP/EVP); Patrizia Bernasconi (GB); Stephan Mumenthaler (FDP); Patrizia Bernasconi (GB)*

Voten: *André Auderset (LDP); Salome Hofer (SP); Patrizia Bernasconi (GB); David Wüest-Rudin (GLP); Toya Kruppenacher, Referentin der Minderheit der WAK*

Abstimmung

Antrag der WAK-Minderheit, nach § 6 einen neuen § 7 einzufügen

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag der WAK-Minderheit; NEIN heisst Zustimmung zur Fassung der WAK-Mehrheit

Ergebnis der Abstimmung

42 Ja, 45 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 1006, 03.06.15 17:14:53]

Der Grosse Rat beschliesst

dem Antrag der **WAK-Mehrheit** zu folgen.

Detailberatung

§ 7. Einsatzzentralenbewilligung

§ 8. Taxifahrerbewilligung

§ 9. Pflichten der Bewilligungsinhaberinnen und Bewilligungsinhaber

Abs. 1

Antrag

die WAK-Minderheit beantragt eine Ergänzung zu § 9 Abs. 1 mit einem weiteren Satz:

Sie sind zudem namentlich dazu verpflichtet, den bei ihnen angestellten Fahrerinnen und Fahrern die für die Instandhaltung und Reinigung des Fahrzeuges aufgewendete Zeit finanziell abzugelten.

Voten: *Toya Kruppenacher, Referentin der Minderheit der WAK; Christophe Haller, Referent der Mehrheit der WAK; RR Baschi Dürr, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD)*

Abstimmung

Antrag der WAK-Minderheit, Ergänzung zu § 9 Abs. 1

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag der WAK-Minderheit; NEIN heisst Zustimmung zur Fassung der WAK-Mehrheit

Ergebnis der Abstimmung

42 Ja, 44 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 1007, 03.06.15 17:18:53]

Der Grosse Rat beschliesst

dem Antrag der **WAK-Mehrheit** zu folgen.

Detailberatung

§ 9, Abs. 2 und 3

Elisabeth Ackermann, Grossratspräsidentin: Zu den Abs. 2 und 3 liegen Anträge der LDP und des Regierungsrates vor. Wir bereinigen zuerst den Antrag der Fraktion LDP zu Abs. 2.

Danach stimmen wir eventualiter ab über den Antrag der LDP zu Abs. 3 und am Schluss stellen wir den obsiegenden Antrag demjenigen des Regierungsrates zu Abs. 3 gegenüber.

Antrag

Die Fraktion LDP beantragt, § 9, Abs. 2 wie folgt zu fassen:

² Taxifahrerinnen und Taxifahrer sind insbesondere verpflichtet für ein gepflegtes und sauberes Erscheinungsbild ihrer Person und des Fahrzeugs besorgt zu sein.

Voten: *Christophe Haller, Referent der Mehrheit der WAK; Toya Kruppenacher, Referentin der Minderheit der WAK; RR Baschi Dürr, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD)*

Abstimmung

Antrag der Fraktion LDP zu § 9, Abs. 2

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Fraktion LDP, NEIN heisst Ablehnung des Antrags

Ergebnis der Abstimmung

83 Ja, 1 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 1008, 03.06.15 17:22:33]

Der Grosse Rat beschliesst

dem Antrag der Fraktion LDP **zuzustimmen**.

§ 9, Abs. 2 lautet wie folgt:

² Taxifahrerinnen und Taxifahrer sind insbesondere verpflichtet für ein gepflegtes und sauberes Erscheinungsbild ihrer Person und des Fahrzeugs besorgt zu sein.

Antrag

Die Fraktion LDP beantragt, § 9, Abs. 3 wie folgt zu fassen:

³ Weitere Pflichten, namentlich über Erscheinungsbild, Verhaltensvorschriften und Sicherheits- und Qualitätskontrollen, können in der Verordnung geregelt werden. **Vor Inkraftsetzung der Verordnung und bei wesentlichen Verordnungsänderungen** wird zuvor eine Anhörung der Sozialpartner durchgeführt.

Die Kommission (Mehrheit und Minderheit) beantragt folgende Fassung:

³ Weitere Pflichten, namentlich über Erscheinungsbild, Verhaltensvorschriften und Sicherheits- und Qualitätskontrollen, können in der Verordnung geregelt werden. **Bei einer Verordnungsänderung** wird zuvor eine Anhörung der Sozialpartner durchgeführt.

Der Regierungsrat beantragt, bei Abs. 3 den letzten Satz zu streichen.

Voten: *Thomas Strahm (LDP); RR Baschi Dürr, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD)*

Zwischenfrage

Voten: *André Auderset (LDP); RR Baschi Dürr, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD)*

Voten: *Christophe Haller, Referent der Mehrheit der WAK*

Zwischenfrage

Voten: *RR Baschi Dürr, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD); Christophe Haller, Referent der Mehrheit der WAK*

Voten: *Toya Kruppenacher, Referentin der Minderheit der WAK; Patrizia Bernasconi (GB)*

Eventualabstimmung

Anträge LDP und WAK zu § 9 Abs. 3

JA heisst Bevorzugung des Antrags der Fraktion LDP, NEIN heisst Bevorzugung des Antrags der Kommission

Ergebnis der Abstimmung

71 Ja, 13 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 1009, 03.06.15 17:31:35]

Der Grosse Rat beschliesst

eventualiter, dem Antrag der Fraktion LDP **zu bevorzugen.**

Antrag

Der Regierungsrat beantragt, den letzten Satz in § 9 Abs. 3 ("Vor Inkraftsetzung der Verordnung und bei wesentlichen Verordnungsänderungen wird zuvor eine Anhörung der Sozialpartner durchgeführt.") zu streichen.

Abstimmung

Antrag des Regierungsrates, den letzten Satz in § 9 Abs. 3 zu streichen.

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung des Antrags

Ergebnis der Abstimmung

24 Ja, 62 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 1010, 03.06.15 17:32:34]

Der Grosse Rat beschliesst

den Streichungsantrag des Regierungsrates **abzulehnen.**

§ 9, Abs. 3 lautet wie folgt:

³ Weitere Pflichten, namentlich über Erscheinungsbild, Verhaltensvorschriften und Sicherheits- und Qualitätskontrollen, können in der Verordnung geregelt werden. Vor Inkraftsetzung der Verordnung und bei wesentlichen Verordnungsänderungen wird zuvor eine Anhörung der Sozialpartner durchgeführt.

Detailberatung

§ 10. Ortsfremde schweizerische Taxidienste

Antrag

Die Fraktion LDP beantragt, § 10 Abs. 1 lit. a wie folgt zu fassen:

Kundschaft auf Bestellung im Kanton Basel-Stadt abholen und an einen beliebigen Zielort **ausserhalb des Kantonsgebiets** transportieren;

Die Kommission beantragt:

Kundschaft auf Bestellung im Kanton Basel-Stadt abholen und an einen beliebigen Zielort transportieren;

Voten: *Thomas Strahm (LDP); Christophe Haller, Referent der Mehrheit der WAK; RR Baschi Dürr, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD); Ruedi Rechsteiner (SP); Stephan Mumenthaler (FDP); Patrizia Bernasconi (GB); André Auderset (LDP); Talha Ugur Camlibel (GB); RR Baschi Dürr, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD)*

Abstimmung

Antrag der Fraktion LDP zu § 10 Abs. 1 lit. a

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Fraktion LDP, NEIN heisst Ablehnung des Antrags

Ergebnis der Abstimmung

13 Ja, 71 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 1011, 03.06.15 17:50:26]

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag der Fraktion LDP **abzulehnen**.

Detailberatung

IV. Transportpflicht

§ 11. Grundsatz

V. Tarife

§ 12. Tarifordnung

Antrag

Die Fraktionen SP und GB beantragen, bei § 12 einen zweiten Absatz einzufügen:

² Der Regierungsrat überwacht, dass keine Preisabsprachen entstehen. Er kann diese Aufgabe auch delegieren.

Voten: *Patrizia Bernasconi (GB); Christophe Haller, Referent der Mehrheit der WAK; Toya Krummenacher, Referentin der Minderheit der WAK; RR Baschi Dürr, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD)*

Abstimmung

Antrag der Fraktionen SP und GB zu § 12 Abs. 2 (neu)

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Fraktion SP/GB, NEIN heisst Ablehnung des Antrags

Ergebnis der Abstimmung

40 Ja, 45 Nein. [Abstimmung # 1012, 03.06.15 17:55:22]

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag der Fraktion SP/GB **abzulehnen**.

Detailberatung

VI. Fahrzeuge

§ 13. Taxifahrzeuge

Antrag

Die Fraktion LDP beantragt, § 13 Abs. 1 wie folgt zu fassen:

¹ Der Regierungsrat erlässt Vorschriften bezüglich der Ausrüstung, des Zustandes und, **soweit wirtschaftlich zumutbar**, der Umweltverträglichkeit der Fahrzeuge sowie deren Beschriftung, insbesondere des Anschreibens der Tarife.

Die Kommission beantragt:

¹Der Regierungsrat erlässt Vorschriften bezüglich der Ausrüstung, des Zustandes und der Umweltverträglichkeit der Fahrzeuge sowie deren Beschriftung, insbesondere des Anschreibens der Tarife.

Voten: *Thomas Strahm (LDP); Christophe Haller, Referent der Mehrheit der WAK; Toya Krummenacher, Referentin der Minderheit der WAK; RR Baschi Dürr, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD)*

Abstimmung

Antrag der Fraktion LDP zu § 13 Abs. 1

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Fraktion LDP, NEIN heisst Ablehnung des Antrags

Ergebnis der Abstimmung

82 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung. [*Abstimmung # 1013, 03.06.15 17:58:28*]

Der Grosse Rat beschliesst

dem Antrag der Fraktion LDP **zuzustimmen**.

§ 13 Abs. 1 lautet wie folgt:

¹ Der Regierungsrat erlässt Vorschriften bezüglich der Ausrüstung, des Zustandes und, soweit wirtschaftlich zumutbar, der Umweltverträglichkeit der Fahrzeuge sowie deren Beschriftung, insbesondere des Anschreibens der Tarife.

Detailberatung

VII. Gebühren

§ 14. Grundsatz

VIII. Schlussbestimmungen

§ 15. Vollzugsbestimmungen

§ 16. Änderung und Aufhebung bisherigen Rechts

1. Taxigesetz

2. Übertretungsstrafgesetz

§ 17. Übergangsbestimmung

Abs. 1

Antrag

Die WAK-Minderheit beantragt eine Übergangsfrist von 5 Jahren.

Die Fraktion SP beantragt eine Übergangsfrist von 3 Jahren.

Die WAK-Mehrheit beantragt eine Übergangsfrist von einem Jahr.

Elisabeth Ackermann, Grossratspräsidentin: Wir werden dann bei der Bereinigung zuerst in einer Eventualabstimmung den Antrag der Minderheit demjenigen der Fraktion SP gegenüberstellen und den obsiegenden Antrag danach demjenigen der Mehrheit.

Voten: *Toya Kruppenacher, Referentin der Minderheit der WAK; Salome Hofer (SP); Christophe Haller, Referent der Mehrheit der WAK*

Eventualabstimmung

zu § 17 Abs. 1, Übergangsfrist

JA heisst Bevorzugung WAK-Minderheit (5 Jahre), NEIN heisst Bevorzugung Fraktion SP (3 Jahre)

Ergebnis der Abstimmung

3 Ja, 82 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 1014, 03.06.15 18:02:07]

Der Grosse Rat beschliesst

eventualiter, dem Antrag der Fraktion SP (3 Jahre) den Vorzug zu geben.

Abstimmung

zu § 17 Abs. 1, Übergangsfrist, Antrag der Fraktion SP (3 Jahre) gegen Antrag der WAK (1 Jahr)

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag der SP Fraktion (3 Jahre); NEIN heisst Zustimmung zur Fassung der WAK (1 Jahr)

Ergebnis der Abstimmung

75 Ja, 10 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 1015, 03.06.15 18:03:08]

Der Grosse Rat beschliesst

dem Antrag der **Fraktion SP** zu folgen.

§ 17 Abs. 1 lautet wie folgt:

¹ Bisherige Taxihalterbewilligungen der Kategorien A und B berechtigen noch während drei Jahren nach Wirksamkeit dieses Gesetzes zur Weiternutzung. Sie werden auf schriftliches Gesuch hin in Taxibetriebsbewilligungen umgewandelt, sofern die Bewilligungsvoraussetzungen erfüllt sind.

Detailberatung

§ 17. Abs. 2 und 3

Publikations- und Referendums Klausel, Wirksamkeit

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

65 Ja, 17 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 1016, 03.06.15 18:04:11]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Dem Taxigesetz wird zugestimmt.

Dieses Gesetz ist zu publizieren. Es unterliegt dem Referendum.

Nach Eintritt der Rechtskraft bestimmt der Regierungsrat den Zeitpunkt der Wirksamkeit.

Das Taxigesetz ist im Kantonsblatt Nr. 42 vom 10. Juni 2015 publiziert.

Anzug Camlibel und Konsorten bezüglich unhaltbarer Zustände im Basler Taxigewerbe (09.5010)

Die Mehrheit der WAK beantragt, den Anzug abzuschreiben, die Minderheit beantragt, den Anzug stehen zu lassen.

Voten: *Toya Kruppenacher, Referentin der Minderheit der WAK*

Abstimmung

Anzug Camlibel und Konsorten

JA heisst abschreiben (Kommissionsmehrheit), NEIN heisst stehen lassen (Minderheit)

Ergebnis der Abstimmung

47 Ja, 35 Nein. [Abstimmung # 1017, 03.06.15 18:06:03]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 09.5010 ist **erledigt**.

Schluss der 18. Sitzung

18:06 Uhr

Basel, 3. Juni 2015

Elisabeth Ackermann
Grossratspräsidentin

Thomas Dähler
I. Ratssekretär

Anhang A: Abstimmungsergebnisse

Sitz	Abstimmungen 994 - 1009	994	995	996	997	998	999	1000	1001	1002	1003	1004	1005	1006	1007	1008	1009
1	Beatriz Greuter (SP)	J	J	J	J	A	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
2	Sibylle Benz (SP)	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
3	Philippe Macherel (SP)	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
4	Dominique König (SP)	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
5	Ursula Metzger (SP)	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
6	Otto Schmid (SP)	J	J	J	J	E	N	N	N	J	J	J	J	J	J	J	J
7	Thomas Gander (SP)	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
8	René Brigger (SP)	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
9	Christophe Haller (FDP)	J	A	A	A	A	N	N	N	J	J	N	N	N	N	J	J
10	Ernst Mutschler (FDP)	J	J	J	J	J	N	N	N	J	J	N	N	N	N	J	J
11	Erich Bucher (FDP)	J	J	J	J	A	N	N	N	J	J	N	N	N	N	J	E
12	Murat Kaya (FDP)	J	J	J	J	J	N	N	N	J	J	N	N	N	N	J	J
13	David Jenny (FDP)	J	J	J	J	J	N	N	N	J	J	N	N	N	N	E	E
14	Patrick Hafner (SVP)	J	J	J	J	J	N	A	N	J	J	N	N	N	N	J	N
15	Lorenz Nägelin (SVP)	J	J	J	J	A	N	J	N	J	J	N	N	N	N	J	N
16	Roland Lindner (SVP)	J	J	J	A	A	N	N	N	J	J	A	A	N	N	J	N
17	Bruno Jagher (SVP)	J	J	J	J	J	N	N	N	J	J	N	N	N	N	J	N
18	Michael Wüthrich (GB)	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
19	Patrizia Bernasconi (GB)	N	J	J	J	A	J	J	J	E	J	J	J	J	J	J	J
20	Elisabeth Ackermann (GB)	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P
21	Raoul Furlano (LDP)	J	J	J	J	E	N	N	N	J	J	N	N	N	N	J	J
22	Patricia von Falkenstein (LDP)	J	J	J	J	J	N	N	N	J	J	A	A	A	A	A	A
23	Michael Koechlin (LDP)	J	J	J	J	J	N	N	N	J	J	N	N	N	N	J	J
24	Oswald Inglin (CVP/EVP)	J	J	J	J	J	N	N	N	J	J	N	N	N	N	J	J
25	Beatrice Isler (CVP/EVP)	J	J	J	J	J	N	N	N	J	J	N	N	N	N	J	J
26	Aeneas Wanner (GLP)	J	J	J	J	A	A	N	N	J	J	N	N	N	N	J	J
27	Dieter Werthemann (GLP)	J	J	J	J	J	N	N	N	J	J	N	N	N	N	J	J
28	Ruedi Rechsteiner (SP)	A	J	J	J	A	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
29	Daniel Goepfert (SP)	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
30	Tobit Schäfer (SP)	E	A	A	A	A	N	J	A	J	J	A	A	A	A	A	A
31	Jörg Vitelli (SP)	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
32	Jürg Meyer (SP)	J	J	J	J	J	E	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
33	Brigitte Heilbronner (SP)	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
34	Andrea Bollinger (SP)	A	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	E	J
35	Toya Krummenacher (SP)	J	A	A	A	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
36	Stephan Luethi (SP)	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
37	Leonhard Burckhardt (SP)	J	J	J	J	J	N	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
38	Seyit Erdogan (SP)	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
39	Danielle Kaufmann (SP)	J	J	J	J	E	N	N	N	J	J	J	J	J	J	J	J
40	Christian von Wartburg (SP)	E	A	J	J	E	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
41	Daniela Stumpf (SVP)	J	J	J	J	J	E	N	A	A	A	N	N	N	N	J	N
42	Alexander Gröflin (SVP)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	N	N	N	J	N
43	Andreas Ungricht (SVP)	J	J	J	J	A	N	J	A	A	A	N	N	N	N	J	N
44	Joël Thüring (SVP)	J	J	J	J	A	N	N	N	J	J	N	N	N	N	J	N
45	Michel Rusterholtz (SVP)	J	A	A	A	A	N	J	J	J	J	N	N	N	N	J	N
46	Sibel Arslan (GB)	E	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
47	Brigitta Gerber (GB)	N	J	J	J	J	J	J	J	E	J	J	J	J	J	J	J
48	Anita Lachenmeier (GB)	E	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
49	Eveline Rommerskirchen (GB)	E	J	J	J	A	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
50	Nora Bertsch (GB)	J	J	J	J	J	N	J	A	A	A	J	J	J	J	J	J
51	Stephan Mumenthaler (FDP)	J	J	J	J	J	N	N	N	J	J	N	N	N	N	J	E
52	Christian Egeler (FDP)	J	J	J	J	J	N	N	N	J	J	N	N	N	N	J	J

Sitz	Abstimmungen 1010 - 1017	1010	1011	1012	1013	1014	1015	1016	1017
1	Beatriz Greuter (SP)	N	N	J	A	N	J	N	N
2	Sibylle Benz (SP)	N	N	J	J	N	J	E	N
3	Philippe Macherel (SP)	N	N	J	J	N	J	J	J
4	Dominique König (SP)	N	N	J	J	N	J	J	N
5	Ursula Metzger (SP)	N	N	J	J	N	J	N	N
6	Otto Schmid (SP)	N	N	J	J	N	J	J	N
7	Thomas Gander (SP)	N	N	J	J	N	J	J	N
8	René Brigger (SP)	N	N	J	J	N	J	J	N
9	Christophe Haller (FDP)	N	N	N	J	N	J	J	J
10	Ernst Mutschler (FDP)	J	N	N	J	N	J	J	J
11	Erich Bucher (FDP)	J	N	N	J	N	J	J	J
12	Murat Kaya (FDP)	J	N	N	J	N	J	J	J
13	David Jenny (FDP)	J	N	N	J	N	J	J	J
14	Patrick Hafner (SVP)	J	J	N	J	N	N	J	J
15	Lorenz Nägelin (SVP)	J	N	N	J	N	N	J	J
16	Roland Lindner (SVP)	J	N	N	J	N	N	J	J
17	Bruno Jagher (SVP)	J	N	N	J	N	N	J	J
18	Michael Wüthrich (GB)	N	N	J	J	N	J	N	N
19	Patrizia Bernasconi (GB)	N	N	J	J	N	J	N	N
20	Elisabeth Ackermann (GB)	P	P	P	P	P	P	P	P
21	Raoul Furlano (LDP)	N	J	N	J	N	J	J	J
22	Patricia von Falkenstein (LDP)	A	A	A	A	A	A	A	A
23	Michael Koechlin (LDP)	N	J	N	J	N	J	J	J
24	Oswald Inglin (CVP/EVP)	N	N	N	J	N	J	J	J
25	Beatrice Isler (CVP/EVP)	N	N	N	J	N	J	J	J
26	Aeneas Wanner (GLP)	N	N	A	A	A	A	A	A
27	Dieter Werthemann (GLP)	N	N	N	J	N	J	J	J
28	Ruedi Rechsteiner (SP)	N	N	J	J	N	J	J	N
29	Daniel Goepfert (SP)	N	J	J	J	N	J	J	N
30	Tobit Schäfer (SP)	A	A	A	A	A	A	A	A
31	Jörg Vitelli (SP)	N	N	J	J	N	J	J	N
32	Jürg Meyer (SP)	N	N	J	J	N	J	J	N
33	Brigitte Heilbronner (SP)	N	N	J	J	N	J	J	N
34	Andrea Bollinger (SP)	N	N	J	J	N	J	J	N
35	Toya Krummenacher (SP)	N	N	J	J	N	J	N	N
36	Stephan Luethi (SP)	N	N	J	J	N	J	J	N
37	Leonhard Burckhardt (SP)	A	A	A	A	A	A	A	A
38	Seyit Erdogan (SP)	N	N	J	J	N	J	J	N
39	Danielle Kaufmann (SP)	N	N	J	A	N	J	J	J
40	Christian von Wartburg (SP)	N	A	J	J	N	J	J	J
41	Daniela Stumpf (SVP)	J	N	N	J	N	N	J	J
42	Alexander Gröflin (SVP)	J	J	N	J	N	J	J	J
43	Andreas Ungricht (SVP)	J	J	N	J	N	E	J	J
44	Joël Thüring (SVP)	J	N	N	J	N	J	J	J
45	Michel Rusterholtz (SVP)	J	N	N	J	N	J	J	J
46	Sibel Arslan (GB)	N	E	J	J	N	J	N	N
47	Brigitta Gerber (GB)	N	N	J	J	N	J	N	N
48	Anita Lachenmeier (GB)	N	A	A	A	A	A	A	A
49	Eveline Rommerskirchen (GB)	N	N	J	J	N	J	N	N
50	Nora Bertschi (GB)	N	N	J	J	N	J	N	N
51	Stephan Mumenthaler (FDP)	E	N	N	J	N	J	J	J
52	Christian Egeler (FDP)	J	N	N	J	N	J	J	J

Anhang B: Neue Geschäfte (Zuweisung)

	Komm.	Dep.	Dokument
Direkt auf die Tagesordnung kommen			
1. Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Ratschlag zu einer Totalrevision des Gerichtsorganisationsgesetzes (GOG) und zur damit zusammenhängenden Änderung der Kantonsverfassung sowie Bericht zu einer Motion <i>Mit dem Antrag auf dringliche Behandlung gemäss § 20 AB</i>	JSSK	JSD	14.0147.02 10.5152.05
2. Bericht der Wirtschafts- und Abgabekommission zum Ratschlag Totalrevision des Gesetzes betreffend das Erbringen von Taxidienstleistungen (Taxigesetz) und Bericht zu einem Anzug sowie Bericht der Kommissionsminderheit	WAK	JSD	12.0218.03 09.5010.05
Überweisung an Kommissionen			
3. Ratschlag betreffend Genehmigung des Investitionsvorhabens „Bau Holzkraftwerk Basel II (HKW II) der IWB Industrielle Werke Basel	UVEK	WSU	15.0579.01
4. Bericht über den Stand der Bemühungen zur Verminderung der Fluglärmbelastung im Jahre 2014	UVEK	WSU	15.0641.01
5. Ratschlag Übertragung von vier Staatsliegenschaften vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen (Entwidmung) und zwölf Staatsliegenschaften vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen (Widmung)	BRK	FD	15.0633.01
6. Ratschlag „Areal Helvetia Campus“ zur Zonenänderung, Festsetzung eines Bebauungsplans sowie Abweisung von Einsprachen im Bereich St. Alban-Anlage, Engelgasse, Lange Gasse	BRK	BVD	15.0646.01
7. Erneuerungswahl der 100 Mitglieder des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt für die Amtsperiode 2013 – 2017 vom 27./28. Oktober 2012; Validierung	Ratsbüro	PD	13.0029.01
An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung			
8. Anzüge:			
1. Mirjam Ballmer und Konsorten betreffend Überprüfung der Vorschriften für Clubs und Bars			15.5241.01
2. Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Massnahmen zur Schaffung von Wohnangeboten für Studierende			15.5248.01
3. Mustafa Atici und Konsorten betreffend Zukunft der Kunsteisbahn Margarethen			15.5249.01
4. Eric Weber und Martin Gschwind betreffend freies WLAN im ganzen Kanton			15.5252.01
5. Eric Weber und Martin Gschwind betreffend sich kümmern kann Vertrauensverlust stoppen			15.5253.01
6. Eric Weber und Martin Gschwind betreffend mehr Geld für unsere Familien			15.5254.01
7. Danielle Kaufmann und Konsorten betreffend Steigerung der Attraktivität von Schulsportlagern			15.5261.01
9. Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission zum Ausgabenbericht Neubau Wohnheim Belforterstrasse	GSK	BVD	14.1753.02
10. Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission zum Ratschlag 15.0099.01 einer Änderung des Gesetzes über die Einführung des Bundesgesetzes über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung sowie über die Ausrichtung von kantonalen Beihilfen (EG/ELG)	GSK	WSU	15.0099.02

Kenntnisnahme

- | | | | |
|-----|--|-----|------------|
| 11. | Schreiben der Schweizerischen Hochschulkonferenz zur Resolution des Grossen Rates betreffend Sitzverteilung im Hochschulrat (auf den Tisch des Hauses) | | 15.5183.02 |
| 12. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Heinrich Ueberwasser betreffend kritische Lage am Schweizer Landesflughafen Basel-Mulhouse | WSU | 15.5124.02 |
| 13. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend leere weisse Seite in der Zeitung Basel 55 | GD | 15.5105.02 |
| 14. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Arbeit für Grossrat Eric Weber | FD | 15.5123.02 |
| 15. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend warum werden an alt Grossräte keine Unterlagen verschickt | PD | 15.5094.02 |
| 16. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Einsicht in das Handbuch für Regierungsräte | PD | 15.5095.02 |
| 17. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend warum gibt es die Jahreschronik nicht mehr kostenfrei | PD | 15.5099.02 |
| 18. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Tag der offenen Tür bei der Basler Regierung | PD | 15.5122.02 |